

Pressepiegel

BNN Bruchsal	☐	Pforzheimer Zeitung	☐	www.ka-news.de	☐
BNN Bretten	☐	Mühlacker Tageblatt	☐	www.bruchsal-net.de	☐
BNN Kreisseite	☐	Handelsblatt	☐	www.bruchsal.org.de	☐
Brettener Woche	☐	IHK	☐	Pforzheimer Rundschau	☐
Kurier	☐	Wochenblatt	☐	www.landfunke.de	☐
Meinestadt bruchsal	☐	Amtsblatt Stadt Bruchsal	☒	www.bak-bretten	☐
Datum2013		Eppingen.org	☐	meinstadt Bretten	☐



Bruchsal

Landes- und Kommunalpolitik gemeinsam für NSN-Standort in Bruchsal

Perspektive für den Traditionsstandort war am 11. April Thema im Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart

Fortsetzung von Seite 3 | Der Landtag beschäftigte sich auf Initiative der Landtagsabgeordneten Walter Heiler (SPD) und Manfred Kern (Grüne) mit dem Bruchsaler Traditionsstandort, dessen Wurzeln bis ins Jahr 1867 zurück reichen. Nachdem es von Seiten der NSN-Geschäftsführung erneut widersprüchliche Signale im Hinblick auf die geltende Standort-sicherungsgarantie gegeben hat, haben sich nun die Landes- und Kommunalpolitik solidarisch erklärt und die Forderung nach Einhaltung der Standort-sicherungsgarantie erneuert. Des Weiteren wurde der deutliche Wunsch formuliert, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer untereinander eine Einigung erzielen, die für den Standort eine Perspektive über das 2014 hinaus bietet. Im Rahmen des Delegationsbesuches in Stuttgart hat außerdem ein Hinter-

grundgespräch mit Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andrea Lindlohr (Grüne), Dr. Sandra Detzer, Parlamentarische Beraterin (Grüne) sowie den Landtagsabgeordneten Walter Heiler (SPD) und Manfred Kern (Grüne) stattgefunden. Auch wenn die Politik unternehmerische Entscheidungen nicht direkt beeinflussen kann, gab es ein deutliches Signal von allen Beteiligten, dass die Standort-sicherungsgarantie ernst zu nehmen sei.

Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick würdigte das persönliche und politische Engagement der politischen Vertreter und bewertet „die Solidargemeinschaft zwischen Landes- und Kommunalpolitik als wichtiges Signal für die Sicherung des Standorts über das Jahr 2014 hinaus“. Der Erhalt des Traditi-

onsstandortes sei weiterhin das oberste Ziel. Ernst Färber schloss sich dem Dank der Oberbürgermeisterin an und sagte: „Es tut uns gut“, dass wir die Landespolitik an unserer Seite wissen. Für den Betriebsratsvorsitzenden ist das aktuelle Angebot der Geschäftsführung, das, beginnend ab sofort, bis Ende 2014 rund 500 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, absolut indiskutabel und stellt auch einen Bruch der Standort-sicherungsvereinbarung dar. Er ist daran interessiert, auf Grundlage der bestehenden Beschäftigungsgarantie, eine Perspektive für den Standort über 2014 hinaus zu entwickeln. Um dies zu erreichen hat der Betriebsrat ein Beratungsunternehmen mit der Erstellung einer Alternativkonzeption beauftragt. Erste Vorschläge aus dieser Konzeption wurden der Arbeitgeberseite in der Vorwoche übergeben. BK